

Die letzte Verteidigungslinie des Dollars

Die imperialen Ziele des amerikanischen Ölkriegs – von Venezuela bis zum Iran.

12. August 2026 | Michael Hudson; veröffentlicht bei Democracy Collective

US-Beamte beschreiben ihre Strategie zur Aufrechterhaltung der imperialen Macht der USA bemerkenswert offen. „Die Dominanz des Dollars ist unerlässlich“, erklärte Finanzminister Scott Bessent am 24. Juni 2026 in einem Fernsehinterview. Der Grund, warum die USA Handels- und Finanzsanktionen gegen Venezuela verhängt hätten, sei, so erklärte er, dass das Land „Öl zu reduzierten Preisen an China verkaufe und dafür keine Dollar erhalte“. Ein Land, das Öl nicht in Dollar berechnete und die Erlöse nicht auf Dollar-Konten anlegte, stellte eine Bedrohung für die Fähigkeit der USA dar, die zentrale Rolle des Dollars im weltweiten Finanzsystem – der Hauptquelle des amerikanischen Wohlstands – aufrechtzuerhalten.

Die Kriege der USA gegen Venezuela, Russland und den Iran zielten darauf ab, diese Länder dazu zu zwingen, ihre Ölexporte in Dollar zu berechnen und – was ebenso wichtig ist – die Erlöse an den US-Finanzmärkten anzulegen oder für den Kauf amerikanischer Produkte zu verwenden. Seit der US-Invasion und der Entführung von Präsident Nicolás Maduro am 3. Januar, so Bessent, „stellt das neue Venezuela Rechnungen in Dollar aus, die wieder in das Dollarsystem zurückfließen (sic). Und nun wird der Dollar zum Kernstück ihres Handels werden.“

Trump prahlte in einem Beitrag auf Truth Social vom 7. Januar:

Venezuela wird mit dem Geld, das es aus unserem neuen Öl-Deal erhält, AUS-SCHLIESSLICH in den USA hergestellte Produkte kaufen. Zu diesen Käufen gehören unter anderem amerikanische Agrarprodukte sowie in den USA hergestellte Medikamente, medizinische Geräte und Ausrüstung zur Verbesserung des venezolanischen Stromnetzes und der Energieinfrastruktur. Mit anderen Worten: Venezuela verpflichtet sich, mit den USA als seinem Hauptpartner Geschäfte zu tätigen.

Am selben Tag erklärte Präsident Trump, er habe das Konto des Finanzministeriums, auf dem die Ölexporteinnahmen Venezuelas verwahrt wurden, mit Reparationszahlungen belastet, um den USA die militärischen Kosten für die Entführung Maduros und die Begleitung eines Regimewechsels zu erstatten. Tatsächlich prahlte er damit, er habe diese Kosten „28-mal“ wieder hereingeholt und damit in den „48 Minuten, die nötig waren, um diesen Krieg zu gewinnen“, „eine Menge Geld verdient“.

Ein Bericht der *Financial Times* hat berechnet, dass der Wert des Öls, das Venezuela „seit Januar verschifft hat ...“, auf der Grundlage historischer Preisentwicklungen „bei über 13 Milliarden Dollar“ liegt, doch die Website der venezolanischen Regierung, „auf der die Einnahmen aus den von den USA abgewickelten Ölverkäufen nachverfolgt werden sollen ...“, weist nur einen einzigen Eintrag auf – eine Überweisung in Höhe von 300 Millionen Dollar im März“. Dies entspricht

lediglich 2,5 Prozent der venezolanischen Exporte, die seit dem Regimewechsel von den US-Besatzern einbehalten wurden.

Die Venezuela auferlegten Bedingungen dienen als Vorbild für die US-Pläne gegenüber dem Iran, erklärte Bessant in seinem Interview. „Wir sehen bei den Verhandlungen mit dem Iran, dass die Iraner ihre Rechnungen in Dollar ausstellen werden.“

Eine Woche zuvor, am 17. Juni, hatte Präsident Trump eine Absichtserklärung mit dem Iran unterzeichnet, in der er versprach, dass die USA damit beginnen würden, einen Teil der über 100 Milliarden Dollar an Ersparnissen zurückzugeben, die die USA und ihre Verbündeten beschlagnahmt hatten. Eine Zahlung in Höhe von 12 Milliarden Dollar wurde vielfach genannt.

Unter Ausnutzung des US-Privilegs der „Lockvogel-Taktik“ erklärte Bessant jedoch, dass jede Rückgabe von Geldern der Aufsicht der USA unterliegen werde. Sein Finanzministerium werde „Leute in Doha haben, die darüber wachen, wie das Geld verteilt wird, und ein sehr großer Prozentsatz davon wird für den Kauf von US-Lebensmitteln und Medikamenten verwendet werden. Wir werden das Geld also wieder in US-Produkte zurückfließen lassen, aber es wird vom Finanzministerium überwacht.“ Diese Auflagen beschneiden die Entscheidungsfreiheit des Iran.

Bessant ging sogar so weit, vorauszusagen, dass „wenn der Russland-Ukraine-Konflikt endet, ... Russland wieder in das Dollarsystem zurückkehren wollen wird“, obwohl es die Beschlagnahmung von 300 Milliarden Dollar seiner Einlagen im Eurobank-Clearing-System durch die EU hinnehmen musste. Der entscheidende Faktor wäre die militärische Macht der USA und Handelssanktionen, die den Iran und Russland zwingen würden, sich zu Kapitulationsbedingungen nach venezolanischem Vorbild zu beugen. „Ich denke, wir sollten uns nicht scheuen, unsere Stärken auszuspielen, wo wir sie haben, und diese mit unseren Verbündeten zu teilen und ... diejenigen zurückzudrängen, die nicht auf unserer Seite stehen.“

Venezuela wurde keine Wahl gelassen. Das Land wurde überfallen und sein Präsident in den USA in Einzelhaft gesteckt. Seine Ölförderung wurde beschlagnahmt und seine Einnahmen konfisziert. Ein Factsheet des Energieministeriums lieferte die Details zu den Plänen der USA, die von Venezuela erpressbaren Tributzahlungen auszugeben – vermutlich ein Modell, das man auch dem Iran und Russland aufzwingen möchte:

Die Regierung der USA hat damit begonnen, venezolanisches Rohöl auf dem Weltmarkt zum Wohle der USA, Venezuelas und unserer Verbündeten zu vermarkten. ...

Alle Erlöse aus dem Verkauf von venezolanischem Rohöl und Ölprodukten werden zunächst auf von den USA kontrollierten Konten bei weltweit anerkannten Banken verbucht ...

Diese Mittel werden nach Ermessen der US-Regierung zum Wohle der amerikanischen und der venezolanischen Bevölkerung ausgezahlt. Der Transport von Öl nach und aus Venezuela erfolgt ausschließlich über legitime und genehmigte Kanäle im Einklang mit US-Recht und den Erfordernissen der nationalen Sicherheit.

Diese räuberischen politischen Vorgaben dienen dem Rest der Welt als Warnung, dass gemeinsames Handeln zum gegenseitigen Schutz vor dem Zwang der USA erforderlich ist.

Bessant gab die üblichen Lippenbekenntnisse ab, indem er behauptete, die Breite und Liquidität der US-Kapitalmärkte würden ausländische Länder dazu veranlassen, im dollarbasierten Finanzsystem verbleiben zu wollen. Doch das ist nicht der Grund, warum Venezuela den Dollar derzeit nutzt, und es ist unwahrscheinlich, dass entweder der Iran oder Russland bereit sein werden, das Risiko einzugehen, ihn erneut zu nutzen.

Der US-Krieg zur Unterwerfung des Iran und zur Beschlagnahmung seiner Öleinnahmen

Die Sicherung der Kontrolle über die OPEC-Staaten und deren Einbindung in die eigene Wirtschaft ist seit langem ein Ziel der USA. Als der Krieg zwischen Ägypten und Israel im Jahr 1973 Saudi-Arabien und andere OPEC-Länder dazu veranlasste, ein Ölembargo gegen die USA und andere Unterstützer Israels zu verhängen, erwog Präsident Richard Nixon „ernsthaft, während des arabischen Ölembargos militärische Gewalt anzuwenden, um Ölfelder im Nahen Osten zu erobern ... falls die Spannungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn nach dem Nahostkrieg im Oktober 1973 weiter eskalieren sollten oder das Ölembargo nicht nachlassen würde.“

Später in den 1970er Jahren bauten Richard Perle und andere Zionisten aus dem kriegstreiberischen Umfeld des demokratischen Senators Henry Jackson eine symbiotische Beziehung zu Israel auf, um das Land als Stellvertreterarmee gegen die OPEC-Staaten und ihre muslimischen Nachbarn zu unterstützen. Diese Beziehung intensivierte sich stetig, bis General Wesley Clark sie als Ergebnis einer zionistischen Vereinnahmung der US-Politik kritisierte. Er schrieb, dass ihm im Jahr 2001 ein Offizier des Pentagons einen Plan gezeigt habe, sieben muslimische Länder innerhalb von fünf Jahren zu erobern, beginnend mit dem Irak, gefolgt von Syrien, dem Libanon, Libyen, Somalia und dem Sudan, wobei der Iran das ultimative Ziel sei.

Bereits während Trumps erster Amtszeit hatte er die amerikanischen Ausgaben für Kriege im Ausland kritisiert, träumte jedoch davon, selbst ein großer Imperiumsbauer zu sein. Er hoffte schlichtweg, Amerikas Kriege finanzierbar zu machen, indem er andere Länder dazu zwang, die Kosten für US-Militärstützpunkte auf ihrem Territorium zu tragen. Dabei konzentrierte er sich insbesondere auf die arabischen OPEC-Staaten. Im April 2018 erklärte er, diese seien „unermesslich reich“, würden es aber ohne den Schutz der USA „keine Woche aushalten“ und müssten daher dafür bezahlen.

In einem Twitter-Beitrag vom 20. September 2018 schlug er daraufhin vor, die OPEC-Ölexporteure für die Kosten der US-Rüstungsausgaben und der Militärstützpunkte in ihren Ländern aufkommen zu lassen. Diese Länder, so betonte er, „wären ohne uns nicht lange sicher, und dennoch drängen sie weiterhin auf immer höhere Ölpreise!“ Am 25. September erklärte er unverblümt, dass „sie ... zum militärischen Schutz beitragen müssen“. In seiner derzeitigen zweiten Amtszeit hat er eine ähnliche Begründung für den Abzug der US-Truppen und die Einstellung der finanziellen Unterstützung für die NATO in Europa herangezogen.

Trump leitete am 13. Juni seinen Krieg gegen den Iran für das Jahr 2025 mit einem Überraschungsangriff auf iranische Nuklear- und militärische Verteidigungsanlagen ein. Der Gegenangriff des Irans schockierte das US-Militär: Er zerstörte den großen US-Luftwaffenstützpunkt in Katar und andere US-Stützpunkte in der Region. Der Iran verwüstete zudem den israelischen Hafen von Haifa und andere wichtige Ziele und bombardierte Öl- und Gasförderanlagen in den arabischen OPEC-Ländern, von deren US-Stützpunkten aus die Angriffe gestartet worden waren.

Der Krieg dauerte zwölf Tage. Am 24. Juni war klar, dass Israel zerstört werden würde, sollte der Iran die Bombardements fortsetzen, und Katar vermittelte einen Waffenstillstand. Doch die Kämpfe gingen in geringerem Umfang weiter, da die USA und Israel den Waffenstillstand von Anfang an missachteten. Die USA bauten ihre militärische Präsenz bis Dezember wieder auf, und am 22. Januar 2026 gab Trump bekannt, dass eine Flotte unter Führung des US-Flugzeugträgers USS Abraham Lincoln auf dem Weg in den Persischen Golf sei.

Die Schiffe trafen am 26. Januar ein, was in Saudi-Arabien die Befürchtung auslöste, dass das Land erneute Schäden erleiden würde, sollte es US-Bombern gestatten, seine Militärstützpunkte für einen erneuten Angriff auf den Iran zu nutzen. Am 27. Januar teilte „Kronprinz Mohammed bin Salman [MBS] dem iranischen Präsidenten Masoud Pezeshkian mit, dass Riad nicht zulassen werde, dass sein Luftraum oder sein Hoheitsgebiet für militärische Aktionen gegen Teheran genutzt werde“, in der Hoffnung, die Angelegenheit auf dem Verhandlungsweg zu klären.

Doch am 28. Februar starteten die USA und Israel eine neue Angriffswelle, die zu einer 40-tägigen Kampagne wurde, deren vorrangiges Ziel darin bestand, einen Regimewechsel im Iran zu erzwingen. Bei israelischen Luftangriffen wurden der Oberste Führer Ali Khamenei und weitere hochrangige iranische Amtsträger ermordet. Bei einem wiederholten US-Angriff kamen 120 Kinder und weitere 36 Zivilisten in der Minab-Schule ums Leben, und bei der Bombardierung der Lamerd-Sporthalle im Süden des Iran starben Mitglieder einer Frauen-Volleyballmannschaft.

Die USA ignorierten offenbar – oder waren sich dessen nicht bewusst – die Erfahrungen von Bevölkerungen, die sich angesichts von Bombenangriffen auf Zivilisten, wie sie während des Zweiten Weltkriegs von Großbritannien und den USA auf Hamburg und Dresden sowie von Deutschland auf London verübt wurden, hinter ihren Führern versammelten, und hofften offenbar, die iranische Bevölkerung so in die Verzweiflung zu treiben, dass sie die Bombardierung ihrer Zivilisten beenden würde, indem sie eine pro-amerikanische Regierung an die Macht brachten.

Ein kurdischer Angriff sollte mit einer von den USA unterstützten „Farbrevolution“ koordiniert werden, wobei rund 6.000 Starlink-Terminals zum Einsatz kommen sollten, die mit Musks Satellitensystem verbunden waren. Da sie das Internet umgingen, waren sie gegen die Möglichkeit des Iran immun, das Internet einfach abzuschalten, um solche Mobilisierungspläne zu verhindern. Doch es kam zu keinem kurdischen Angriff, und der Iran konnte Starlink stören und mithilfe militärischer Signalortung die Starlink-Terminals aufspüren, deren Betreiber festnehmen und die Bankkonten sperren, über die sie finanziert worden waren.

Der Iran verwüstete daraufhin US-Militärstützpunkte in der gesamten Region und griff Haifa sowie weitere israelische Ziele an. Ölförderanlagen, Raffinerien, Treibstoffdepots, Häfen und private US-Investitionen wurden getroffen, insbesondere in den Emiraten, die die US-Angriffe am aktivsten unterstützt hatten. Am 1. März bombardierte der Iran die Cloud-Rechenzentren von Amazon Web Services in Bahrain und Abu Dhabi (dem größten Emirat der VAE) sowie ein Oracle-Zentrum in Dubai. Am 2. März sowie erneut am 18. und 19. März zerstörte er Katars LNG-Produktionsanlagen, auf die ein Drittel des weltweiten Heliumhandels entfiel.

Am 27. März spitzte sich die Lage weiter zu, als der Iran Raketen und Drohnen auf Israel abfeuerte und zudem den großen US-Luftwaffenstützpunkt „Prince Sultan“ in Saudi-Arabien traf, wobei mindestens 17 amerikanische Soldaten verletzt wurden. Das US-amerikanische und das israelische

Militär bombardierten zahlreiche Ziele im Iran, wobei der Schwerpunkt auf dessen Nuklearanlagen lag. Dies veranlasste den Iran, am 31. März anzukündigen, er werde „amerikanische Unternehmen ins Visier nehmen, darunter Microsoft, Google, Apple, Meta, Oracle, Intel, HP, IBM, Cisco, Dell, Palantir und Nvidia“. Und als sich der Ölkrieg später zuspitzte, zerstörte der Iran am 21. und 24. Juli die verbleibenden Rechenzentren von Amazon in Bahrain.

Die fast täglichen Vergeltungsmaßnahmen des Iran und die Sperrung der Straße von Hormus legten die Ölexporte der Region lahm und drohten, durch die Unterbrechung von rund 20 Prozent des weltweiten Ölhandels eine globale Krise auszulösen. Diese Aussicht veranlasste Trump am 8. April, auf einen Waffenstillstand zu drängen. Der Oberste Nationale Sicherheitsrat des Iran verkündete:

Der Feind hat in seinem ungerechten, illegalen und kriminellen Krieg gegen die iranische Nation eine unbestreitbare, historische und vernichtende Niederlage erlitten.

Am 13. April interpretierten die US-Verhandlungsführer den Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens jedoch so, dass er eine iranische Kapitulation impliziere. Trump verhängte eine Seeblockade gegen den gesamten Schiffsverkehr von und zu iranischen Häfen, einschließlich der Verladeanlage auf der Insel Kharg in der Straße von Hormus.

Der Iran kündigte am 17. April an, die Meerenge im Rahmen eines Waffenstillstandsabkommens zwischen Israel und dem Libanon wieder zu öffnen. Doch die US-Blockade des iranischen Handels wurde fortgesetzt, was den Iran dazu veranlasste, die Meerenge am nächsten Tag zu schließen, mit der Begründung, dass er, wenn er sein eigenes Öl nicht exportieren könne, die gesamte Meerenge für alle sperren werde. Die Ölexporte aus der Golfregion sowie die Importe von Lebensmitteln und anderen Gütern blieben somit unterbrochen. Tanker und andere Schiffe saßen monatelang fest.

Sowohl die Ölexporteure als auch die Ölimporteure standen vor der Wahl, entweder tatenlos zuzusehen und zuzulassen, dass die USA ihre Kontrolle über den weltweiten Ölhandel und das dollarbasierte Finanzsystem festigen, um diese in ihrem eigenen Interesse als Waffe einzusetzen, oder das Interesse des Iran zu unterstützen, den Handel mit seinem Öl (und dem anderer westasiatischer Produzenten) von den Handels- und Finanzsanktionen der USA zu befreien.

Die Saudis blockieren US-Pläne zur Wiederaufnahme des Krieges gegen den Iran

Am 3. Mai reagierte Trump auf den politisch unpopulären Anstieg der US-Benzinpreise mit der Ankündigung der „Operation Project Freedom“, bei der Kriegsschiffe entsandt werden sollten, um Tanker durch die Straße von Hormus zu eskortieren. Der Iran und Saudi-Arabien sahen darin einen Plan der USA, die Bombardierung des Irans wieder aufzunehmen, was den Iran zu Gegenangriffen auf die Länder der Region veranlasste, in denen sich US-Militärstützpunkte befinden. Saudi-Arabien weigerte sich jedoch, dem US-Militär die Nutzung seines Luftraums oder seiner Flughäfen zu gestatten. Wie ein kürzlich erschienener saudischer Artikel erklärt:

Saudi-Arabien entzog den US-Streitkräften die Genehmigung, von der Prince-Sultan-Luftwaffenbasis aus zu operieren, legte alle 43 dort stationierten amerikanischen Kampfflugzeuge still und sperrte den saudischen Luftraum für die „Operation Project Freedom“ – und zwar innerhalb weniger Stunden, nachdem Präsident Trump die Operation am 3. Mai 2026 in den sozialen Medien angekündigt hatte. Die Ankündigung erfolgte ohne vorherige Rücksprache mit Riad, Kuwait-Stadt oder anderen Partnern am Golf ...

Der Artikel beschreibt die Begründung Saudi-Arabiens für das Flugverbot als defensiv. Nachdem das Land jahrelang daran gearbeitet hatte, die sunnitisch-schiitischen Spannungen mit Teheran zu entschärfen, wollte es vermeiden, „zur Ausgangsbasis für einen weiteren großen regionalen Krieg zu werden“. Der iranische Angriff vom 27. März auf den Luftwaffenstützpunkt „Prince Sultan“ hatte gezeigt, dass die Ausrichtung von US-Kampfeinsätzen das saudische Territorium zu einem Ziel machte, dessen US-Verteidigungsanlagen gegen iranische Raketen wirkungslos waren.

Die Schließung des saudischen Luftraums führte zu einem vier Tage andauernden Flugverbot – „das erste Mal in der Zeit nach dem Kalten Krieg, dass ein Land, das US-Streitkräfte beherbergt, eine aktive amerikanische Militäroperation auf seinem eigenen Boden physisch gestoppt hat“. Trump rief Kronprinz MBS täglich an, um ihn davon zu überzeugen, die Start- und Landebahnen wieder freizugeben. Als dies nicht gelang, drohte Trump am 7. Mai damit, die US-Unterstützung für die Luftabwehr-Abfangraketen vom Typ Patriot PAC-3 und THAAD einzustellen, die die Saudis zum Schutz vor iranischen oder anderen ausländischen Angriffen gekauft hatten. Am 8. Mai hob Saudi-Arabien die Schließung der US-Stützpunkte wieder auf.

Um Trump zu besänftigen, erklärte sich MBS am 13. Mai bereit, US-Waffen im Wert von 142 Milliarden Dollar zu kaufen – der größte einzelne Rüstungskaufvertrag in der Geschichte der USA. Das gab Trump Anlass zum Prahlern, doch da die Produktionskapazitäten der USA für diese Waffen so begrenzt sind, werden sich die tatsächliche Lieferung und die Bezahlung dieser Verkäufe über viele Jahre hinziehen.

Die Gegenangriffe des Iran zwingen Trump dazu, das Scheitern der US-Angriffspläne einzugestehen

Der Krieg spitzte sich am 11. Juni zu. Der Iran reagierte auf die US-Luftangriffe und die Blockade seiner Ölexporte, indem er die Sperrung der Straße von Hormus verschärfte und Drohnenangriffe auf Bahrain und andere Scheichtümer am Golf startete, um zu zeigen, dass diese Stützpunkte – entgegen dem Versprechen der USA, die arabischen Gastländer vor Angriffen zu schützen – diese Länder zu Zielen gemacht hatten. Die Emirate, die die schärfste anti-iranische Haltung eingenommen und ihr Schicksal am engsten mit der US-Wirtschaft verknüpft hatten, erlitten den schwersten Schaden.

Die USA hatten bereits im Januar angekündigt, sich bis zum Jahresende aus ihren Militärstützpunkten in der Region zurückzuziehen und stattdessen auf Stützpunkte in Israel und im Indischen Ozean zurückzugreifen. Trump griff zu massiven Drohungen, um den Iran zur Kapitulation zu bewegen, und Bessent warnte, dass das US-Finanzministerium im Falle einer Eroberung des Irans durch die USA dessen Ölproduktion beschlagnahmen und die Exporterlöse auf ein US-Bankkonto einzahlen würde, genau wie es bereits im Falle des Irak und Venezuelas geschehen sei. Dem Iran würden alle Schäden in Rechnung gestellt, die das Land nach amerikanischer Darstellung „unseren Verbündeten am Golf zufügt ... mit Geldern, die von iranischen Konten abgezogen werden“. Und nach einem Sieg über den Iran, so drohte er, „werden alle an die Persian Gulf Strait Authority [PGSA] gezahlten Gebühren mit Geldern verrechnet, die von ihren Konten abgezogen werden. Jeder Angriff, den der Iran startet, wird die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen, denen er ausgesetzt ist, nur noch verschärfen.“

Die USA spielten auf Zeit, während sie versuchten, einen Waffenstillstand auszuhandeln. Steigende Benzinpreise belasteten die Haushalte der Verbraucher und brachten die Wähler dazu, sich gegen den Krieg zu wenden. Meinungsumfragen zeigten einen stetigen Rückgang von Trumps Zustimmungswerten und wachsenden Widerstand gegen seinen Krieg. Er äußerte wiederholt seine Befürchtung, er könnte mit einem Ruf wie dem von Präsident Herbert Hoover in die Geschichte eingehen, der während einer Weltwirtschaftskrise im Amt war.

Eine Unterbrechung der iranischen Öllieferungen könnte für einige Monate durch die Freigabe von Öl aus der Nationalen Erdölreserve ausgeglichen werden, doch sollte der Handel im Persischen Golf nicht bald wieder aufgenommen werden, käme es zu einer Versorgungskrise. Obwohl die USA Netto-Ölexporteur sind, müssen sie erhebliche Mengen Rohöl aus dem Ausland importieren, insbesondere schweres oder „saures“ Öl (mit einem Schwefelgehalt von 0,5 bis 2 Prozent), das hauptsächlich aus Saudi-Arabien bezogen wird. US-Ölfelder fördern hauptsächlich „süßes“, schwefelarmes Öl, doch US-Raffinerien benötigen dieses schwerere ausländische Öl, um Dieselkraftstoff für Lkw und Schiffe sowie Kerosin für Flugzeuge herzustellen. Fluggesellschaften weltweit reduzierten ihre Flugpläne und erhöhten die Ticketpreise, um die gestiegenen Treibstoffkosten widerzuspiegeln. Und der auf Dieselkraftstoff angewiesene inländische Güterkraftverkehr drohte unterbrochen zu werden, was zu Produktionsausfällen und Arbeitsniederlegungen geführt hätte.

Obwohl Trump einen Waffenstillstand anstrebte, um die Gefahr eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs und den Widerstand der Bevölkerung gegen steigende Benzinpreise einzudämmen, äußerte er wiederholt die Hoffnung, dass sein Militär den Iran besiegen und sich dessen Öl aneignen könnte, um die Normalität wiederherzustellen. Der Iran sah seinerseits einen Vorteil darin, einen Waffenstillstand zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft und seiner Verteidigung zu nutzen. Beide Seiten waren daher bereit, einen Waffenstillstand auszuhandeln, um sich auf eine spätere Schlacht vorzubereiten.

Die zweideutige und irreführende Absichtserklärung vom 17. Juni

Beide Seiten erzielten am 12. Juni eine grundsätzliche Einigung, und am 17. Juni wurde eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding, MoU) zwischen den USA und dem Iran elektronisch von Präsident Trump (der sich zu einem G7-Treffen in Versailles aufhielt), dem iranischen Präsidenten Masoud Pezeshkian und dem pakistanischen Vermittler unterzeichnet. Die 14 Absätze des MoU schienen den zentralen Forderungen nachzukommen, die der Iran seit jeher gestellt hatte, allen voran die Forderung nach Rückgabe der Ersparnisse, die die USA und ihre Verbündeten beschlagnahmt hatten (Absatz 11), die iranische Kontrolle des Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormus (Absatz 5), die Aufhebung der US-Seeblockade gegen den Iran und den Abzug der US-Streitkräfte aus dessen Umgebung (Absatz 4), eine Aussetzung der Ölsanktionen (Absatz 10) sowie einen Waffenstillstand Israels und dessen Rückzug aus dem Libanon (Absatz 1).

Der vorletzte Absatz 13 der Absichtserklärung sollte verhindern, dass Trump das Ablenkungsmanöver, wonach der Iran angeblich eine Atombombe anstrebe, als Kündigungsgrund nutze, indem Folgendes festgelegt wurde:

Nach der Unterzeichnung dieses MoU und vorbehaltlich des Beginns der Umsetzung der Absätze 1, 4, 5, 10 und 11 dieses MoU sowie der fortgesetzten Umsetzung dieser Maßnahmen werden die Islamische Republik Iran und die USA Verhandlungen über das

endgültige Abkommen ausschließlich über die übrigen Absätze aufnehmen, einschließlich Absatz 8, in dem bekräftigt wird, dass der Iran keine Atomwaffen beschaffen oder entwickeln darf.

Während iranische Regierungsvertreter die Absichtserklärung als Sieg bezeichneten, warfen US-Hardliner im Kongress und in der Presse Trump vor, den Forderungen des Iran nachgegeben zu haben. Es wäre jedoch nur dann ein Sieg für den Iran, wenn die USA beabsichtigten, die Bedingungen der Absichtserklärung einzuhalten – und ihre Diplomatie ist bekannt dafür, dass sie nicht in der Lage ist, Vereinbarungen einzuhalten.

US-Beamte legten die Bedingungen der Absichtserklärung wesentlich enger aus, als der Iran sie verstanden hatte. Vor der offiziellen Unterzeichnung des MoU am 12. Juni charakterisierte Vizepräsident J. D. Vance die Verhandlungen aus US-amerikanischer Sicht als solche, in denen „wir im Grunde alle Trümpfe in der Hand haben. Wir müssen den Iranern nichts geben, wenn sie nicht die Verpflichtungen eingehen, die wir langfristig in Bezug auf das Atomprogramm erwarten.“ Trump und andere US-Beamte würden diese Forderung der USA und die angeblichen Versuche des Iran, eine Atombombe zu bauen, immer wieder als Ablenkungsmanöver anführen, um die Einhaltung des MoU so lange hinauszuzögern – bis zu einem unbestimmten Zeitpunkt in der Zukunft –, bis der Iran seine gesamte Atomforschung, selbst für medizinische und andere zivile Zwecke, einstellen würde.

Im Laufe des folgenden Monats wurde deutlich, dass Trump nie die Absicht hatte, die Bedingungen des MoU zu erfüllen, sondern von Anfang an darauf abzielte, die Kontrolle der USA über die Straße von Hormus (und damit über die gesamte Wirtschaft des Persischen Golfs) durchzusetzen. Die USA zahlten dem Iran keine seiner Guthaben zurück, und ihre Marine arbeitete seit April daran, die iranische Kontrolle über die Meerenge zu umgehen, indem sie den Schiffsverkehr so lenkte, dass er dicht an den Hoheitsgewässern Omans entlangfuhr – und zwar nach eigenen Vereinbarungen, nicht nach denen des Irans.

Absatz 1 des MoU forderte „die sofortige und dauerhafte Einstellung der militärischen Operationen an allen Fronten, einschließlich im Libanon“. Doch die USA unternahmen keine ernsthaften Anstrengungen, um Israels Bombardements und Bodenoffensive gegen die überwiegend schiitische Bevölkerung in Libanons Süden zu stoppen. Ihre Armee rückte bis zum Litani-Fluss vor, den Israels erster Ministerpräsident, David Ben-Gurion, als nördliche Grenze von Groß-Israel befürwortet hatte.

Der Iran hätte jederzeit beanstanden können, dass die anhaltenden israelischen Angriffe auf den Libanon den Waffenstillstand ungültig machten, doch zumindest war er in der Lage, sein Öl (hauptsächlich nach China) zu exportieren, seine Währungsreserven wieder aufzubauen und sich von den militärischen Zerstörungen durch die USA und Israel zu erholen. Und für Trump sanken die Benzinpreise und der Aktienmarkt boomte, was es ihm ermöglichte, zu behaupten, dass sein Krieg gegen den Iran nicht zu der Inflation und der wirtschaftlichen Krise führte, die Kritiker vorhergesagt hatten.

Was jedoch das MoU selbst betrifft, so setzten die USA die Absätze 1, 4, 5, 10 und 11 – die fünf Bedingungen, die als Schlüssel zum Waffenstillstand bezeichnet wurden – kaum um. Zwar stellten sie die Angriffe auf den Iran ein und hoben ihre Seeblockade auf, wobei sie vorübergehend auf ihre Ölsanktionen gegen den Iran verzichteten, um diesem den Export seines eigenen Öls durch die

Straße von Hormus zu ermöglichen. Doch es gab weder eine Rückgabe der in den Emiraten oder anderswo gehaltenen iranischen Ersparnisse noch einen Hinweis auf einen Plan zur Bereitstellung von Finanzmitteln für den Wiederaufbau des Iran. Und Trump drohte wiederholt damit, verheerende Gewalt gegen den Iran anzuwenden, sollte dieser der engen Auslegung der Bestimmungen des MoU durch die USA nicht zustimmen.

Trumps Plan, den Iran zu erobern und dessen Öleinnahmen an sich zu reißen

Bereits in seiner ersten Amtszeit hatte Präsident Trump davon gesprochen, die Kosten für die US-Militärausgaben auf die Länder abzuwälzen, in denen US-Stützpunkte stationiert sind. Daher ist es nicht überraschend, dass er bald darauf darauf drängte, den Handel durch die Straße von Hormus von den Vereinigten Staaten verwalten zu lassen, um Mautgebühren erheben zu können, mit denen sich die USA die Kosten für den militärischen Schutz vor dem Iran erstatten könnten, und dem Iran jegliche Befugnis zu verweigern, Mautgebühren zu erheben oder gar einen Anteil an den Einsparungen jener Länder zu erhalten, die diese Mittel als Entschädigung für sich behalten wollten.

Trump wiederholte zudem seine Forderung, dass die arabischen OPEC-Staaten den USA die Kosten für den Krieg gegen den Iran erstatten sollten, wobei er Saudi-Arabien namentlich hervorhob. Dies war dasselbe Argument, das er bereits in Bezug auf die NATO und asiatische Länder vorgebracht hatte, in denen US-Militärstützpunkte stationiert sind. Dieses Ziel prägte seine Herangehensweise an die im MoU festgelegten Bedingungen.

Für den Iran sollte der Waffenstillstand mit einem Zeichen des guten Willens seitens der US-Verbündeten beginnen, indem diese damit begannen, dem Iran einen Teil der 100 Milliarden Dollar an Auslandsguthaben zurückzuzahlen, deren Beschlagnahmung US-Beamte ihren Verbündeten angeordnet hatten:

11. Die Vereinigten Staaten von Amerika verpflichten sich, die eingefrorenen oder mit Beschränkungen belegten Gelder und Vermögenswerte der Islamischen Republik Iran nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Islamische Republik Iran werden sich im Rahmen der Verhandlungen einvernehmlich auf die Verfahren zur Freigabe dieser Gelder einigen. Diese Gelder, unabhängig davon, ob sie auf dem ursprünglichen Konto verbleiben oder übertragen werden, sind uneingeschränkt für Zahlungen an jeden von der Zentralbank der Islamischen Republik Iran benannten Endbegünstigten nutzbar zu machen. Die Vereinigten Staaten von Amerika verpflichten sich, alle erforderlichen Lizenzen und Genehmigungen entsprechend zu erteilen.

Die Summe von 12 Milliarden Dollar wurde vielfach diskutiert, später auch 6 Milliarden Dollar, doch Abu Dhabi lehnte die Zahlungsforderung des Iran ab, und auch Bahrain weigerte sich, iranische Einlagen freizugeben, und behielt diese als Entschädigung für die Schäden ein, die der Iran durch Vergeltungsmaßnahmen gegen die US-Angriffe und durch seine eigenen aktiven Aggressionen verursacht hatte. Es gab einige Gerüchte, dass Katar lediglich 3 Milliarden Dollar freigeben würde, doch daraus wurde nichts. Die USA unternahmen keinerlei Anstrengungen, um eine Zahlung für den Iran zu erwirken, und Trump fügte seine eigene aggressive Bedingung hinzu (siehe unten), dass eine solche Zahlung vollständig in den USA ausgegeben werden müsse.

Das Problem, mit dem der Iran konfrontiert ist, ist dasselbe wie das Russlands, dessen Einlagen in Höhe von 300 Milliarden US-Dollar im Euroclear-System der EU in Brüssel im Februar 2022 beschlagnahmt wurden. EU-Beamte versuchen nun, dieses Geld an die Ukraine als Reparationszahlung für die russische „Sondermilitäroperation“ zu überweisen, mit der der russischsprachige Donbass vor ukrainischen ethnischen Säuberungsangriffen auf die Zivilbevölkerung und die Infrastruktur geschützt werden soll. Der Plan der EU sah vor, dass die Ukraine dieses Geld nutzen sollte, um Russland und dessen Öl- und Raffinerieproduktion weiter anzugreifen. Die Haltung der USA gegenüber der Beschlagnahmung des iranischen Öls und der staatlichen Ersparnisse ähnelte somit stark ihren Plänen für Russland, wie Bessent in seinem zu Beginn dieses Artikels zitierten Interview deutlich gemacht hatte.

In einer Tirade vom 20. Juni, drei Tage nach der Unterzeichnung der Absichtserklärung, bekräftigte Trump seine Hoffnung, die OPEC dazu zu bringen, den USA alle militärischen Kosten für ihre Rolle als Friedenswächter in der Region zu erstatten, und sogar die USA zu der Partei zu machen, die Zölle auf den Handel durch die Straße von Hormus erhebt, anstatt dass dem Iran gestattet wird, solche Zölle oder gar Verwaltungsgebühren zu erheben:

Während der Waffenruhe wird es 60 Tage lang KEINE ZÖLLE in der Straße von Hormus geben, und auch nach Ablauf dieser 60 Tage wird es KEINE ZÖLLE geben, es sei denn, sie werden von und für die Vereinigten Staaten von Amerika erhoben ... für Dienstleistungen, die als Schutzengel für die Länder des Nahen Ostens erbracht wurden, und zwar zum Zwecke der Erstattung vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Kosten.

Trump erklärte daraufhin, dass alle beschlagnahmten iranischen Guthaben, die möglicherweise an den Iran freigegeben würden, an Bedingungen geknüpft wären, die dem Iran die Souveränität über die Verwendung der Mittel entziehen würden.

Das Geld und die Sanktionsgelder, die das US-Finanzministerium freigibt, werden auf ein Treuhandkonto eingezahlt, das von den USA kontrolliert wird, und werden für den Kauf von Lebensmitteln und medizinischen Gütern verwendet, die ausschließlich aus den USA stammen, darunter Mais, Weizen und Sojabohnen von unseren großartigen amerikanischen Landwirten.

Genau auf diese Weise hatte Trump zuvor auch Venezuelas Ölexporteinnahmen für den Gebrauch durch die USA zweckentfremdet.

Nicht nur wurden die iranischen Ersparnisse nicht zurückgegeben – oder sollten nur unter Verlust der Souveränität zurückgegeben werden –, es gab auch keinen Hinweis auf den in Absatz 6 der Absichtserklärung vorgesehenen Plan, Mittel für den Wiederaufbau des Iran bereitzustellen. Darin wurde gefordert, dass die USA mit ihren arabischen OPEC-Verbündeten zusammenarbeiten, um mindestens 300 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau des Iran bereitzustellen – nicht nur im Hinblick auf die Kriegshandlungen der Jahre 2025–2026, sondern auch im Hinblick auf die 46-jährige wirtschaftliche Verwüstung, die durch die von den USA unterstützten Handels- und Finanzsanktionen verursacht wurde, die seit dem Sturz des Schahs im Jahr 1979 verhängt worden waren.

Das Versäumnis der USA und ihrer Verbündeten, auch nur einen Teil der beschlagnahmten iranischen Ersparnisse zurückzugeben, zeigte, dass der Iran die Auszahlung dieser Ersparnisse (sowie

von Reparationszahlungen) nur erreichen konnte, indem er im Rahmen der ihm durch Absatz 5 gewährten Verwaltungsbefugnisse Durchfahrtsgebühren für die Schifffahrt durch die Straße von Hormus erhob – doch Trump behauptete nun, dem Iran selbst dies verweigern zu wollen.

Der Plan des Iran, Transitgebühren für die Hormus-Passage zu erheben

Der Iran plante, sein Privileg zur Verwaltung des Transits durch die Wasserstraße als Schritt zu nutzen, um den Weg für die Erhebung von Transportgebühren zu ebnen, sobald die 60-tägige Waffenruhe abgelaufen war. Die US-Verhandlungsführer legten Absatz 5 des MoU jedoch so eng aus, dass die iranische Befugnis damit außer Kraft gesetzt wurde. Der Wortlaut verpflichtete den Iran, „mit größtmöglichem Einsatz Vorkehrungen für die sichere Durchfahrt von Handelsschiffen zu treffen, und zwar ausschließlich für einen Zeitraum von 60 Tagen gebührenfrei, vom Persischen Golf zum Omanischen Meer und umgekehrt“. Eine Rolle für die USA wurde darin nicht erwähnt.

Der Iran interpretierte den Wortlaut so, dass ihm die Verantwortung für die Schifffahrtsregelungen in der gesamten Straße von Hormus – „vom Persischen Golf bis zum Omanischen Meer“ – übertragen werde. Dazu gehören normalerweise Verfahren, bei denen Schiffe ihren Eigner, ihr Ziel und ihre Ladung angeben sowie ihre Funktransponder eingeschaltet lassen müssen, um ihre Position und Route zu bestätigen. Trump lehnte jedoch alle derartigen Vereinbarungen ab und bestand darauf, dass für die Überwachungsmaßnahmen keinerlei Gebühren erhoben werden dürften.

Und wie oben erwähnt, hatte die US-Marine seit April Schiffe durch die Hoheitsgewässer Omans auf der südlichen Seite der Straße von Hormus gegenüber dem Iran geleitet, „im Rahmen einer stillschweigenden Vereinbarung mit kommerziellen Tankern, die ihre Transponder ausschalteten, um bei der Durchfahrt durch die Straße von Hormus nicht vom Iran entdeckt zu werden“. Damit wurde die iranische Hoheitsgewalt umgangen, offenbar in Vorbereitung darauf, dass die USA geltend machen würden, die Hoheitsgewalt des Iran gemäß Absatz 5 gelte nicht für die Hoheitsgewässer Omans.

Diese legalistische Haltung der USA, zusammen mit den Manövern ihrer Marine, bei denen Schiffe dicht an der Küste Omans entlanggeführt wurden, zeigte, dass die USA niemals die Absicht hatten, dem Iran eine nennenswerte Kontrolle über den Schiffsverkehr durch die Meerenge zu gewähren. Und genau wie die US-Marine zuvor Fischer in venezolanischen Gewässern getötet hatte, bombardierte sie bald darauf iranische Fischerboote und andere Wasserfahrzeuge – ohne Vorwarnung und ohne den Versuch, sie zu befragen oder zu kontrollieren –, lediglich aufgrund des Verdachts, sie könnten möglicherweise zum iranischen Militär gehören und den Schiffsverkehr bedrohen.

Es ging darum, wer nach Ablauf des 60-tägigen Waffenstillstands den Handel durch die Straße von Hormus kontrollieren und damit die Verantwortung für die Erhebung der Mautgebühren tragen würde, die nun unvermeidlich scheinen. Der Iran würde diese Mittel zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft nutzen. Trump hatte seine Hoffnung bekundet, sie als Zahlung zu verwenden, um Amerika die Kosten für seine militärische Präsenz in der Region – in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – zu erstatten.

Die Erhebung von Zugangsgebühren für Schiffe war ein altes persisches Privileg, bevor der Golf von europäischen Kolonialmächten übernommen wurde. Die Türkei erhebt Mautgebühren für den Handel durch den Bosphorus, ebenso wie Ägypten und Panama für ihre Kanäle. US-Beamte argumentierten jedoch, dass iranische Mautgebühren im Widerspruch zum Seerechtsübereinkommen der

Vereinten Nationen (UNCLOS) stünden, das internationale Gewässer als mautfrei definiert. Der Iran weist darauf hin, dass er dieses Übereinkommen nicht ratifiziert hat und sich daher nicht an den entsprechenden Teil davon gebunden sieht, ungeachtet der Tatsache, dass Oman Unterzeichnerstaat ist.

Der Iran behauptet, dass die unprovzierten Angriffe der USA unter Verletzung des Völkerrechts die UNCLOS-Regeln für den gebührenfreien Handel anachronistisch gemacht hätten. Er beansprucht daher das Recht, „in Übereinstimmung mit den etablierten Grundsätzen und Regeln des Völkerrechts“ „die Durchfahrt von Schiffen zu verhindern, die den Aggressoren gehören oder mit ihnen in Verbindung stehen, sowie von solchen, die an deren Aggressionshandlungen beteiligt sind“.

Der Kriegskorrespondent Elijah Magnier hat die Argumentation des Iran zusammengefasst, wonach das Völkerrecht den Anrainerstaaten erlaubt, angemessene Maßnahmen zu ihrem Schutz zu ergreifen:

Aus iranischer Sicht hat der Krieg der USA und Israels das rechtliche, militärische und politische Umfeld der Meerenge verändert. Washington und Israel haben ohne legitime internationale Genehmigung Gewalt gegen den Iran angewendet, die umliegenden Gewässer militarisiert, die iranische Souveränität bedroht und dann erwartet, dass der Seeverkehr so weitergeht, als wäre nichts geschehen.

Der Krieg der USA gegen den Iran erfordert somit ein übergeordnetes Recht als das Seerechtsübereinkommen (UNCLOS), das die US-Marine ohnehin schon ad absurdum geführt hat, indem sie venezolanische (und kolumbianische) Fischer mutwillig tötete, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, sie zu identifizieren, ihre Boote zu kontrollieren oder sie gefangen zu nehmen – und das ohne jeden Grund, außer der Behauptung, sie könnten möglicherweise Drogen transportieren.

NATO-Staaten haben russische Öltanker in der Ostsee und anderswo angegriffen, im Rahmen des von den USA unterstützten Versuchs, jeglichen Ölhandel zu blockieren, der nicht unter ihrer Kontrolle steht. Aus iranischer Sicht so Magnier in seiner Argumentation, bestand das Ziel der USA bei dem MoU lediglich darin, sich eine

... Atempause zu verschaffen, um ihre militärische Position wiederherzustellen, ihre strategischen Ölreserven aufzufüllen, den Einfluss des Iran im Libanon zu schwächen, die Kontrolle über die Straße von Hormus wiederzuerlangen und dann aus einer stärkeren Position heraus erneut Druck auszuüben, ohne die Sanktionen vollständig aufzuheben oder die eingefrorenen Vermögenswerte des Iran freizugeben ... und [ihn] von der Verwaltung der Meerenge auszuschließen, die an die eigene Küste grenzt.

Mit dem Versuch, eine iranische Kontrolle über die Meerenge zu verhindern, verteidigen die USA die Verwaltungshoheit Omans über dessen Hoheitsgewässer. In Absatz 5 des MoU heißt es: „Die Islamische Republik Iran wird mit dem Sultanat Oman einen Dialog führen, um die künftige Verwaltung und die maritimen Dienstleistungen in der Straße von Hormus in Absprache mit anderen Anrainerstaaten des Persischen Golfs im Einklang mit dem geltenden Völkerrecht und den Hoheitsrechten der Anrainerstaaten der Straße von Hormus festzulegen.“ Omanische Regierungsvertreter sprachen sich dagegen aus, dass der Iran eine Transportgebühr auf der Grundlage der Tonnage und des Wertes des transportierten Öls erhebt, räumten jedoch ein, dass gewisse Transitgebühren für

Versicherung, Schutz und die grundlegende Verwaltung zur Erhaltung der Wasserstraße unvermeidbar scheinen.

Was Absatz 5 so wichtig macht, ist der Konflikt zwischen zwei gegensätzlichen Zielen. Auf der einen Seite steht die Regulierung des Transits durch die Straße von Hormus durch den Iran mit dem Ziel, Entschädigungen für das durch die unprovokierten Bombardements der USA und Israels zerstörte Eigentum zu erhalten (und natürlich auch für seine beschlagnahmten Ersparnisse und die Schäden, die durch die 46 Jahre andauernden Handels- und Finanzsanktionen gegen das Land verursacht wurden). Andererseits steht das umfassendere globale Ziel der USA, den Ölhandel zu kontrollieren und die Dollarisierung voranzutreiben, wobei sowohl die iranischen als auch die arabischen OPEC-Interessen diesem Ziel untergeordnet werden, das die Wurzel ihres Ölkriegs bildet.

Angesichts der rechtlichen Probleme und der unvermeidlichen Verzögerungen bei dem Versuch, Reparationszahlungen von den Vereinigten Staaten und Israel einzufordern, beabsichtigte der Iran, seine Kontrolle über die Meerenge zu nutzen, um nach Ablauf der 60-tägigen Übergangsfrist des MoU erneut Transitgebühren zu erheben. Der Iran schätzt, dass seine Mautgebühren jährlich 40 Milliarden US-Dollar einbringen würden. Diese Gebühren würden für die benachbarten OPEC-Länder eine Belastung darstellen, die sie aus ihren Exporteinnahmen bestreiten müssten, möglicherweise durch eine Anhebung ihrer Ölpreise. In diesem Fall würden die Kosten von den Öl importierenden Ländern getragen werden – im Grunde dafür, dass sie nichts unternommen haben, um die amerikanischen Angriffe auf den Iran und die Blockade seines Handels zu stoppen.

Auf breitester internationaler Ebene geht es um die Frage, ob die USA den Ölhandel der OPEC kontrollieren und zu ihrem eigenen finanziellen Vorteil (und insbesondere zur Finanzierung ihrer Militärausgaben) auf den Dollar umstellen werden, oder ob es dem Iran (sowie Russland und anderen Ländern) freistehen wird, ihr Öl selbst zu kontrollieren und zu verkaufen und ihre Verkaufserlöse in Währungen und auf Finanzmärkten ihrer Wahl zu behalten, um ihre eigene nationale Entwicklung voranzutreiben.

Für den Iran gilt: Entweder gibt es Ölexporte aus dem Persischen Golf für alle oder für niemanden, entweder einen offenen Ölhandel für alle oder gar keinen Handel. Die Kontrolle über die Meerenge verleiht ihm diese Macht.

Trumps Plan, Kriegskosten durch die Erhebung von US-Mautgebühren zu decken

Der erste Verstoß der USA gegen den Waffenstillstand im Rahmen des MoU ereignete sich am 25. Juni, nachdem Trump behauptet hatte, der Iran habe kein Recht, Schiffe zu stören, denen er keine Genehmigung erteilt hatte, in der Nähe von Oman zu fahren. Der Iran führte einen Drohnenangriff auf ein Schiff durch, das dieser Route gefolgt war. Die Vereinigten Staaten griffen den Iran an, und beide Seiten lieferten sich zwei Tage lang einen Feuerwechsel.

Im Rückblick auf die „Provokationen der USA, die darauf abzielten, die Autorität des Iran in Frage zu stellen“, erklärt Larry Johnson: „Am 6. und 7. Juli griff der Iran mindestens drei Handelsschiffe in oder in der Nähe der Straße von Hormus an, die versucht hatten, die Protokolle der PGSA [Persian Gulf Strait Authority] zu umgehen.“ Die USA reagierten mit „Angriffen auf iranische Stellungen entlang der Straße von Hormus. Der Iran reagierte seinerseits mit Angriffen auf US-Ziele in Kuwait und Bahrain“, die sich an dem Angriff beteiligt hatten.

Das erklärte Ziel des Iran, jährlich 40 Milliarden Dollar an Mautgebühren für die Durchfahrt durch die Straße von Hormus einzunehmen, bot Trump die Gelegenheit, auf die er gewartet hatte, um die arabischen OPEC-Staaten die Kosten für seinen Krieg gegen den Iran tragen zu lassen. In einem Beitrag auf Truth Social vom 13. Juli kündigte er eine erneute Blockade gegen den Iran an und erklärte, alle anderen Schiffe, die die Straße von Hormus passieren, müssten an die USA eine Maut in Höhe von 20 Prozent des Wertes ihrer Ladung entrichten. Die USA, nicht der Iran, sollten die Empfänger der Schifffahrtsmaut sein, während der Iran selbst blockiert werden sollte, um seinen eigenen Ölexport durch die Meerenge von der Insel Kharg und anderen Depots aus zu verhindern:

Die Straße von Hormus ist OFFEN und wird OFFEN bleiben, mit oder ohne den Iran. Wir setzen die „IRANISCHE BLOCKADE“ wieder in Kraft, die so genannt wird, weil sie lediglich iranische Schiffe oder Kunden daran hindert, die Meerenge zu befahren oder zu verlassen. Alle anderen Länder werden fairen und ungehinderten Zugang zur Meerenge haben.

Die USA werden von nun an als „HÜTER DER STRASSE VON HORMUZ“ bezeichnet, erhalten jedoch in dieser Funktion und aus Gründen der GERECHTIGKEIT eine Erstattung in Höhe von 20 Prozent aller beförderten Fracht, um alle Kosten zu decken, die für die Gewährleistung von Sicherheit und Schutz in diesem äußerst instabilen Teil der Welt erforderlich sind. Die entsprechenden Vorbereitungen und Maßnahmen werden unverzüglich eingeleitet.

Der iranische Außenminister Abbas Araghchi erklärte, Trump habe „absolut Recht“, die Vorstellung zurückzuweisen, dass das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS) der Erhebung solcher Gebühren verbiete. Er beharrte auf dem Recht des Iran, solche Gebühren von Schiffen zu erheben, die die Meerenge passieren, und räumte bereitwillig ein:

„Wer für die sichere Durchfahrt von Handelsschiffen durch die Straße von Hormus sorgt, sollte für diese Dienstleistung entschädigt werden.“ Er wies darauf hin, dass „der Iran schon immer der WÄCHTER der Meerenge war und dies auch FÜR IMMER bleiben wird. 20 Prozent sind natürlich zu viel. Wir werden fair sein“, wobei er bei weitem nicht den von Trump geforderten Satz von etwa 15 Dollar pro Barrel verlangen werde.

In einem Fernsehinterview später am Tag verteidigte Trump seine Forderung nach Mautgebühren:

Wir werden die Meerenge behalten und sie wahrscheinlich auch betreiben. Wir werden zum Wächter der Meerenge. Vielleicht nennen wir uns den Schutzengel der Meerenge, und dafür sollten wir eine Vergütung erhalten. ... Wir werden eine Vergütung erhalten, denn die anderen Nationen sind sehr wohlhabend, sie stehen auf unserer Seite, und man kann nicht von uns erwarten, dass wir das umsonst tun, so wie wir es viele Jahre lang getan haben.

... Wir haben die Meerenge 50 Jahre lang, ja sogar länger, bewacht und wurden dafür nie bezahlt. ... Wir haben sie umsonst bewacht, und jetzt werden wir sie weiterhin bewachen und dafür bezahlt werden – und zwar mit viel Geld. Aber wir wollen einfach nur eine Entschädigung dafür, dass wir all das tun und unser Volk dabei in Gefahr bringen.

Außenminister Rubio warnte Trump davor, seine Forderung nach Mautgebühren weiterzuverfolgen, und wies darauf hin, dass dies dem Iran und anderen Staaten grundsätzlich das Recht einräumen würde, in ihren eigenen angrenzenden internationalen Gewässern Mautgebühren zu erheben. Trump nahm seine Aussage am nächsten Tag zurück:

Ich habe beschlossen, die 20-prozentige Erstattungsgebühr der USA durch Handels- und Investitionsabkommen zu ersetzen, die die verschiedenen Golfstaaten mit den USA abschließen werden. Diese Investitionen werden MASSIV sein ...

Trump fand somit eine Logik, um seinen langjährigen Traum zu verwirklichen, einen Anteil an den Öllexport-Einnahmen der OPEC zu erhalten. Anstatt eine Gebühr von 20 Prozent für den Transport durch die Straße von Hormus zu erheben, würde er eine „freiwillige“ Umgehungslösung durchsetzen, indem er von Saudi-Arabien, Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten und anderen lokalen Monarchien Zahlungen in ähnlicher Höhe einfordert, um sie vor iranischen Drohnen und Raketen zu schützen. Diese Schutzabzocke ließ keinen rechtlichen Spielraum, den der Iran nutzen könnte, um eigene Gebühren zu erheben. In einer Pressekonferenz im Oval Office ging er näher auf diese Umgehungslösung ein:

... Ich fand es nie fair, dass wir die Meerenge bewachen sollten, obwohl wir im Grunde nichts davon haben – wir brauchen das Öl überhaupt nicht. Für uns war es nicht wichtig, aber für unsere Verbündeten schon. ... Ich wurde von verschiedenen Leuten angerufen, aus verschiedenen Ländern, von Königen und Emiren und all den Menschen, die wir alle kennen und lieben ... und sie sagten: „Wir würden das gerne anders handhaben.“ Wir würden sehr gerne Milliarden und Abermilliarden Dollar in den USA investieren ... wir würden gerne enorm in die USA investieren, anstatt eine Gebühr zu erheben.

Und das gefällt mir eigentlich, denn ich finde, niemand sollte eine Gebühr für die Durchfahrt durch diese Meerenge oder für irgendeine andere Meerenge in ... anderen Teilen der Welt erheben dürfen. ... Aber wir haben es als Gegenleistung gemacht. Die Golfstaaten werden enorme Summen in die USA investieren, und das war für mich sehr zufriedenstellend. Ich finde, das ist eigentlich viel besser.

... Und auf diese Weise fallen keine Gebühren an. Ich mag das Konzept von Gebühren nicht, aber gleichzeitig ist es nicht fair, dass wir diese Meerenge für die ganze Welt, für China und alle anderen schützen. Es macht mir nichts aus, sie für China zu schützen, es macht mir nichts aus, sie für irgendjemanden zu schützen, aber es ist unfair, dass wir dafür nicht irgendwie entschädigt werden. Und das machen wir schon seit vielen Jahren. Das hat mich schon gestört – schon vor 25 Jahren hat es mich gestört. Während meiner ersten Amtszeit habe ich Dinge gesagt wie: Man muss in die USA investieren. ... Wenn man es so macht, fallen keine Gebühren an. Sie investieren und erzielen eine Rendite auf ihr Geld, und das ist gut, aber sie werden massive Investitionen in die USA tätigen, und das gefällt mir viel besser.

Trump's Plan sah vor, dass das US-Militär den Iran besiegen und eine Wiederöffnung der Meerenge erzwingen sollte – im Gegenzug für das Versprechen der arabischen Monarchien, Hunderte von Milliarden Dollar ihrer Exporterlöse in den USA zu investieren oder dort auszugeben. Sein Verhandlungsgeschick bestätigte, dass er niemals die Absicht gehabt hatte, dem Iran zu gestatten,

Verfahren zur Abwicklung des Handels durch die Straße von Hormus einzuführen, die die Grundlage dafür gebildet hätten, dass der Iran Mautgebühren oder sonstige Abgaben erheben könnte, auf die Trump es abgesehen hatte – und dass er niemals die Absicht hatte, gemeinsam mit den arabischen OPEC-Ländern die Rückgabe der beschlagnahmten iranischen Ersparnisse in Höhe von 100 Milliarden Dollar zu veranlassen. Die Kämpfe flammten am 18. Juli wieder auf, und als sie sich am 24. Juli zuspitzten, verkündete Trump in einem Beitrag auf „Truth Social“ um 5 Uhr morgens, dass „bis auf Weiteres ab diesem Zeitpunkt jegliche Schäden an Schiffen, Fracht oder allem, was damit in Zusammenhang steht, aus iranischen Geldern bezahlt werden, die sich im Besitz der USA befinden und von diesen kontrolliert werden“. Und natürlich gäbe es keine Investitionen in Höhe von 300 Milliarden Dollar in den Wiederaufbau der Wirtschaft eines Irans, der nicht unter US-Kontrolle steht.

Trumps Traum war es gewesen, den Sieg, den er nach eigenen Angaben in Venezuela errungen hatte, im Iran zu wiederholen. Er wollte ein ihm höriges Regime einsetzen, das den Vereinigten Staaten eine Entschädigung für die Kosten ihrer militärischen Ausrüstung und die mit dem US-Angriff verbundenen Aufwendungen zahlen würde. Der Iran kam zu dem Schluss, dass das MoU lediglich eine Farce gewesen war, die es Trump ermöglichte, Zeit zu gewinnen, um seine militärischen Pläne neu zu ordnen und seine Bündnisse mit den sunnitischen Herrschern zu festigen. Am 19. Juli setzte der Iran die Absichtserklärung aufgrund der Verstöße der USA gegen deren Bestimmungen offiziell außer Kraft.

OPEC-Länder müssen sich entscheiden: Bündnis mit USA oder Iran

Die Alternative des Iran zur US-Hegemonie geht weit über die Vertreibung amerikanischer Militärstützpunkte aus der Region hinaus. Diese Stützpunkte wurden bereits zerstört, und ihre Rolle wurde in den Indischen Ozean und nach Italien verlagert. Die verbleibende Beziehung, deren Beendigung der Iran für notwendig erachtet, ist die Abhängigkeit der arabischen Ölproduzenten von den US-Finanzmärkten und Geschäftspartnerschaften. Diese wirtschaftliche Symbiose hat sie an die USA gebunden, und deren politische Vorgaben, die auf die „Petrodollar“-Abkommen von 1974 zurückgehen, sehen vor, dass sie ihre Ölexport-Einnahmen in US-Anleihe- und Aktienmärkte reinvestieren und US-Waffen kaufen.

Diese Reinvestition hat sich in den letzten Jahren bereits verlangsamt, da die OPEC-Länder enorme Kapitalinvestitionen getätigt haben, um im eigenen Land Luxusimmobilien und damit verbundene Projekte zu schaffen. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben eine weltweite Fluggesellschaft gegründet und sich zu einem bedeutenden internationalen Finanzzentrum sowie sogar zu einem Sportzentrum für internationale Veranstaltungen entwickelt. Und der Strombedarf der KI-Revolution zur Versorgung ihrer Rechenzentren hat Bahrain und andere Länder am Persischen Golf dazu veranlasst, solche KI-Zentren für Amazon, Google, Meta, Microsoft und andere US-amerikanische IT-Unternehmen zu beherbergen, die ihre Geschäftstätigkeit an Orte verlagert haben, an denen Energie leichter verfügbar ist als in den USA.

Trump hat versucht, diese gegenseitigen Investitionsbeziehungen zu intensivieren, indem er die Monarchien am Persischen Golf dazu veranlasste, seinen Krieg gegen den Iran zu unterstützen – im Gegenzug bot er den Vereinigten Arabischen Emiraten führende US-Technologie im Bereich Computerchips und Saudi-Arabien Kernreaktoren sowie Urananreicherung an. Als Gegenleistung für die Zusage der Vereinigten Arabischen Emirate, 1,4 Billionen US-Dollar in den USA zu investieren,

hob er „Beschränkungen für große US-Unternehmen wie Microsoft und OpenAI auf, die Rechenzentren im Land geplant haben. ... Der erweiterte Zugang zu Chips könnte Milliarden von Dollar wert sein“ – und zwar für „begehrte Chips für künstliche Intelligenz, nachdem die Emirate den USA in den letzten Monaten durch Dutzende Luftangriffe gegen den Iran geholfen haben“. In dem Bewusstsein, dass die Sympathien und politischen Bindungen von Ländern in der Regel dorthin tendieren, wo ihr Geld liegt, kündigte das iranische IRGC (Islamisches Revolutionsgarde-Korps) an:

Wir werden die wertvollsten Vermögenswerte amerikanischer Unternehmen in allen Ländern, die US-Stützpunkte beherbergen, dem Erdboden gleichmachen.

Trumps Verhandlungen zur Sicherung eines engeren Bündnisses mit Saudi-Arabien spitzten sich am 22. Juli zu, als das US-Energieministerium eine gemeinsame Investition der USA mit Saudi-Arabien genehmigte, um dort einen eigenen Kernreaktor zu bauen und eigenes Uran anzureichern – genau das, was Trump dem Iran nach eigenem Bekunden untersagt hatte, mit der Begründung, dass jede Anreicherung von Natur aus militärischen Zwecken diene. Am nächsten Tag versuchte er, die israelischen Proteste zu beschwichtigen, indem er darauf bestand, dass Saudi-Arabien den Abraham-Abkommen beitreten und Israel anerkennen müsse.

Die offizielle saudische Politik besteht jedoch darauf, dass ein solches Abkommen nicht unterzeichnet werden könne, ohne dass ein palästinensischer Staat geschaffen werde. Das ist natürlich angesichts des Völkermords und der Zerstörung von Eigentum im besetzten Palästina nicht mehr realisierbar.

Saudische Regierungsvertreter protestierten, dass eine solche Bedingung nicht in dem zwischen den Energieministerien beider Länder unterzeichneten Vertrag enthalten sei. Trumps Neigung, Verträge neu zu verhandeln, erinnerte die Welt daran, was die USA zur „außergewöhnlichen Nation“ der Welt gemacht hat: Sie sind immun gegen die weltweiten Verhaltensregeln in Bezug auf offizielle Abkommen.

Die Reaktion des Iran auf Trumps Versuch, seine sunnitischen Nachbarn in ein Bündnis zur gegenseitigen militärischen Unterstützung einzubinden, besteht darin, deren Verbindungen zur US-Wirtschaft und der damit verbundenen Außenpolitik zu kappen. Langfristig argumentiert der Iran, dass diese Länder am schnellsten und sichersten wachsen können, wenn sie das iranische Prinzip des freien Ölhandels und das souveräne Recht unterstützen, die Erlöse nach eigenem Ermessen zu investieren.

Der Ölkrieg ist sowohl für die USA als auch für den Iran eine Frage von existenzieller Bedeutung.

Trumps Ölkrieg ist für die Hegemonie der USA ebenso existenziell wie für das Überleben des Irans angesichts von Trumps Drohungen, das Land zu zerstören und ein Marionettenregime zu errichten, ähnlich dem, was er nach eigenen Angaben bei seinem Sieg über Venezuela erreicht hat. Für die USA war der Ölkrieg gegen den Iran – sowie gegen Russland und Venezuela – kein Krieg, den sie freiwillig geführt haben. Es war ein verzweifelter Schachzug, um ihr weltweites Ölmonopol als Engpass aufrechtzuerhalten, in der Hoffnung, dass dies es ihr ermöglichen würde, eine globale Rentierswirtschaft zu bleiben, die den Wohlstand, den sie im eigenen Land nicht mehr produziert, aus dem Ausland bezieht.

Zu diesem Zweck behandeln die USA Länder als Feinde, wenn diese ihre Souveränität geltend machen und sich weigern, sich ihren Sanktionen gegen Länder anzuschließen, deren Politik im Widerspruch zur Vorherrschaft der USA, zur Instrumentalisierung des weltweiten Ölhandels und zur Dollarisierung der Währungsbeziehungen steht. Die Souveränität anderer Länder wird als Bedrohung für die eigene nationale wirtschaftliche Sicherheit der USA, für ihr durch Schulden finanziertes Vermögen an Aktien- und Anleihemärkten sowie für die finanziellen Abgaben angesehen, die es ihnen ermöglichen, militärische und politische Macht auszuüben.

Das aggressive Vorgehen der USA gegen Russland, China und den Iran, weil diese ihre eigene Souveränität geltend machen, hat diese Länder zusammengeschweißt und ihre gemeinsamen Bemühungen beschleunigt, eine alternative Grundlage für ihre Handels- und Währungsbeziehungen zu schaffen. Ihre Bemühungen beschleunigen einen globalen Bruch, der sich schon lange abgezeichnet hat, der aber erst heute die kritische Masse erreicht hat, die die Länder benötigen, um Unabhängigkeit von der Kontrolle der USA zu erlangen.

Der wirtschaftliche Schutz, den China, Russland und der Iran dem Rest der Welt bieten, basiert auf einem alternativen Zahlungssystem, um die Abhängigkeit vom US-Dollar zu vermeiden, der zu einem Engpass geworden ist, der das Risiko einer Vermögensbeschlagnahme birgt, wie sie Russland und der Iran erlebt haben. Internationale Spar- und Währungssysteme erfordern ein anderes Finanzsystem und eine andere Handlungsphilosophie als die Sparprogramme des IWF und die Privatisierungspolitik der Weltbank, die die US-Diplomatie 1945 unter ihrer eigenen Kontrolle geschaffen hatte und die ihrer damals dominierenden Gläubiger- und Exportmacht dienten.

Das Potenzial zur Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (um den in den 1970er Jahren populären Begriff zu verwenden) mit ihrer Forderung nach einem multipolaren System des Völkerrechts und internationalen Organisationen, die nicht dem Veto, der Blockade und der Kontrolle der USA unterliegen, verleiht dem heutigen US-Ölkrieg gegen den Iran, Russland und Venezuela eine zivilisatorische Dimension.

Die Schaffung eines alternativen Systems, das gegenseitigen Nutzen aus Handels- und Finanzbeziehungen ermöglicht und das derzeitige, auf Ausbeutung basierende „Win-Lose“-Tributssystem der USA ersetzt, wäre eine existenzielle Herausforderung für den Wohlstand der USA. Deshalb bekämpft die US-Diplomatie jedes derartige alternative System, und deshalb droht für den Rest der Welt die Politik, die den USA Venezuela Anfang 2026 auferlegt haben, auch dem Iran, Russland und anderen Ländern auferlegt zu werden, sollten diese sich nicht zusammenschließen, um das Prinzip ihrer nationalen wirtschaftlichen Souveränität für alle zu unterstützen und politischen sowie militärischen Schutz zu organisieren, um die Instrumentalisierung der weltweiten Beziehungen durch die USA zu verhindern.

Die Welt sieht sich bereits mit der tiefsten Depression seit den 1930er Jahren konfrontiert, da der amerikanische Ölkrieg den globalen Handel mit Öl, Düngemitteln und verwandten Rohstoffen unterbricht. Dieser Kollateralschaden ist der Preis, der dafür gezahlt werden muss, dass man nicht bereits gegen das Regime der von den USA geförderten Handels- und Finanzsanktionen vorgegangen ist, die darauf abzielen, Ländern zu schaden, die sich nicht an ihre zunehmend räuberischen Außenbeziehungen beteiligen.

Die derzeitigen internationalen Regeln und die globale Verwaltung wurden durch Amerikas engstirnige und nationalistische Einmischung sowie durch die Verletzung der Souveränität anderer Nationen unterwandert. Da es keine internationalen Instrumente gibt, die derzeit die Macht besitzen, den USA und ihren Verbündeten Wiedergutmachungszahlungen aufzuerlegen, ist die Erhebung von Abgaben auf den Ölhandel im Persischen Golf durch den Iran der einzige absehbare Weg, um Schadenersatz zu erlangen – nicht direkt von den USA oder ihren verbündeten Angreifern, sondern von den Ölverbrauchern weltweit.

Eine der großen Herausforderungen besteht darin, eine Durchsetzungsmacht gegen Verstöße gegen die UN-Regeln zu schaffen. Nur solche Durchsetzungsmittel können echte nationale Souveränität sowie Regeln für einen offenen internationalen Handel und Investitionen gewährleisten. Der Schutz der nationalen Souveränität galt vom Westfälischen Frieden von 1648 bis hin zur Charta der Vereinten Nationen als Leitprinzip der Zivilisation und des Völkerrechts.

Dieses Prinzip wird durch das Beharren der USA blockiert, als „die außergewöhnliche Nation“ agieren zu dürfen, die nicht an die Regeln des Völkerrechts gebunden ist. Ihre Forderung nach einem Vetorecht und ihre verdeckten bürokratischen Manöver in jeder internationalen Organisation, der sie beitrifft, haben das effektive Funktionieren der Vereinten Nationen und anderer globaler Institutionen blockiert. Eine systemische Umstrukturierung dieser Institutionen, einschließlich eines neu gestalteten Internationalen Gerichtshofs, ist daher erforderlich, um die Unterordnung unter das zu beenden, was zu einer Bedrohung für die Grundsätze der Zivilisation geworden ist.

Zu den wichtigsten Anforderungen an eine reformierte internationale Ordnung würden Regeln gehören, die den Seehandel vor Versuchen der USA schützen, Engpässe zu schaffen, sowie zwischenstaatliche Regeln, um das zu erreichen, was Keynes in seinen Vorschlägen von 1944 als Alternative zum von US-Planern unterstützten IWF sicherstellen wollte. Was benötigt wird, sind Regeln und Vereinbarungen, um Schuldenabhängigkeit und Verarmung zu verhindern, indem regierungs- und arbeitnehmerfeindliche Privatisierungen sowie geldpolitische Sparmaßnahmen, wie sie derzeit vom IWF und der damit verbundenen US-Außenpolitik auferlegt werden, unterbunden werden. Die Anfangsphase solcher Vereinbarungen wird zweifellos auf einer Kombination aus Gold- und Devisen-swaps basieren, wobei eine neue Art internationaler Bank ihre eigenen elektronischen Bilanzforderungen und -verbindlichkeiten zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern schafft.

Der nächste Bericht wird untersuchen, inwiefern die Folgen des heutigen US-Ölkriegs und der dadurch unvermeidlich gewordenen Weltwirtschaftskrise voraussichtlich ebenso weitreichend sein werden wie das Ende der europäischen Monarchien nach dem Ersten Weltkrieg und das Ende des offenen Kolonialismus Großbritanniens und anderer europäischer Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg – ohne dass die Volkswirtschaften von den Finanzschulden und der Handelsabhängigkeit befreit werden, die durch die damals von den USA unterstützte Weltordnung gefördert wurden.

Anhang

Am 31. Juli 2026 veröffentlichte die Website „Moon of Alabama“ die folgende Auswahl an Nachrichten, die dokumentieren, wie extrem die Maßnahmen der USA zur Monopolisierung der Kontrolle über die Straße von Hormus sowie zur Verhängung von Finanzsanktionen sein werden, die darauf abzielen, den Iran zu schaden und ihm Vermögenswerte zu entziehen. Diese Pläne dienen

als Warnung an andere Länder, die die Kühnheit besitzen, ihre eigene Souveränität unabhängig von der US-Politik auszuüben:

Die Durchfahrt eines katarischen Tankers auf der von Iran festgelegten Route durch die Straße von Hormus war eine durchaus hoffnungsvolle Entwicklung für die Energiemärkte. Die erste katarische LNG-Lieferung seit drei Wochen hat die Straße von Hormus erfolgreich auf einer von Iran festgelegten Route und mit Genehmigung Teherans passiert, berichtete die Nachrichtenagentur Fars.

Vor drei Wochen, nachdem die USA gegen eine Absichtserklärung verstoßen hatten, verfügte Teheran, dass der gesamte Schiffsverkehr durch die Straße der Genehmigung durch Iran bedarf.

Fars berichtete, dass der katarische Tanker eindeutige Identifikationsdaten vorgelegt und sich an die von Iran vorgegebene Route gehalten habe, wodurch er die Wasserstraße reibungslos passieren konnte. ... Den USA gefiel dieser Präzedenzfall jedoch nicht, obwohl sie ein „Verbündeter“ Katars und Pakistans sind ... Die USA haben einen katarischen LNG-Tanker daran gehindert, seine Fahrt nach Pakistan fortzusetzen, nur weil er den von Iran festgelegten Sicherheitskorridor genutzt hatte und nicht den von den USA unterstützten. Infolgedessen ist die Meerenge erneut gesperrt.

In einer weiteren Stellungnahme heißt es:

Als Antwort auf wiederholte Anfragen möchten wir erneut betonen, dass aufgrund der anhaltenden aggressiven Aktionen der US-Streitkräfte in der Region eine Durchfahrt durch die Straße von Hormus nicht möglich ist. Sobald die Stabilität wiederhergestellt ist, werden alle Anträge geprüft und Genehmigungen schrittweise erteilt.

Das IRGC gibt bekannt, dass sie einen von der US-Marine durch die Straße von Hormus eskortierten Tankerkonvoi ins Visier genommen hat. Zwei der regelwidrig fahrenden Tanker wurden getroffen, vier weitere kehrten sofort um. Der Konvoi hatte heute Morgen versucht, die illegale Route in der Nähe der omanischen Gewässer zu nutzen. Das IRGC erklärt, dass der Iran weiterhin die volle Hoheitsgewalt über die Straße von Hormus ausübt und dass kein Schiff ohne Genehmigung der Behörde für die Straße des Persischen Golfs passieren darf.

Iranintl veröffentlichte eine Erklärung mit dem Titel: „USA suchen weltweit nach Vermögenswerten mit Verbindungen zum Iran“:

Scott Bessent erklärte am Freitag, die USA suchten weltweit nach Vermögenswerten, die mit der iranischen Regierung in Verbindung stehen, und fügte hinzu, dass die sichergestellten Gelder an Iraner und Amerikaner gehen würden, denen Teheran Schaden zugefügt habe. „Es war mir eine Ehre, daran mitwirken zu dürfen, während wir von „Epic Fury“ zu wirtschaftlicher Härte übergegangen sind, um auf Ihren Befehl hin die finanziellen Tentakel des iranischen Regimes auf der ganzen Welt einzuschränken“, sagte Bessent während der im Fernsehen übertragenen Kabinettsitzung in Camp David. „Auf Ihren Befehl hin suchen wir weltweit nach deren Vermögenswerten“, fügte er hinzu.